

<b>Vorlage</b>		<b>Vorlage-Nr:</b> FB 01/0454/WP18
Federführende Dienststelle: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 06.02.2024
		Verfasser/in:
<b>Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 22.11.2023 (öffentlicher Teil)</b>		
<b>Ziele:</b>		
<b>Beratungsfolge:</b>		
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>
14.02.2024	Hauptausschuss	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 22.11.2023 (öffentlicher Teil).

Sibylle Keupen  
Oberbürgermeisterin

**Anlage/n:**

Niederschrift Hauptausschuss 22.11.2023 (öffentlicher Teil) – nur im Ratsinformationssystem

**N i e d e r s c h r i f t**  
**Sitzung des Hauptausschusses**

15. Februar 2024

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 22.11.2023
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

---

Anwesende:

Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen

Bürgermeister Holger Brantin

Ratsherr Michael Servos

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsherr Boris Linden

Vertretung für Ratsfrau Daniela Parting

Ratsfrau Iris Lürken

Ratsherr Markus Mohr

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsherr Hermann Josef Pilgram

Vertretung für Ratsherr Carsten Schaadt

Bürgermeister Norbert Plum

Vertretung für Ratsherr Mathias Dopatka

Ratsherr Dirk Szagunn

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsherr Wolfgang Palm

Abwesende:

Ratsherr Mathias Dopatka

entschuldigt

Ratsfrau Daniela Parting

entschuldigt

Ratsherr Carsten Schaadt

entschuldigt

von der Verwaltung:

Stadtdirektorin Annkathrin Grehling

Dez. II

Beigeordnete Frauke Burgdorff

Dez. III

Beigeordneter Heinrich Brötz

Dez. IV

Beigeordneter Dr. Markus Kremer

Dez. V

Beigeordneter Dr. Manfred Sicking

Dez. VI

Beigeordneter Heiko Thomas

Dez. VII

Martina Augardt

Fachbereich Personal  
und Organisation

Sabine Bausch

Fachbereich Bürger\*innendialog  
und Verwaltungsleitung

Christoph Berg

Fachbereich Bürger\*innendialog  
und Verwaltungsleitung

Kevin Dahmen

Fachbereich Finanzsteuerung

Dirk Emmerich

Rechnungsprüfungsamt

Pascal Jonek

Dez. II

Christoph Kind

Fachbereich Finanzsteuerung

Markus Lennartz

Fachbereich Personal  
und Organisation

Tatjana Neuwald

Dez. I

André Schoel

Fachbereich Finanzsteuerung

Marcel Windmüller

Dez. V

Schriftführung:

Christina Milussi

Fachbereich Bürger\*innendialog  
und Verwaltungsleitung

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
  
- 2 **Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 13.09.2023  
(öffentlicher Teil)  
Vorlage: FB 01/0419/WP18**
  
- 3 **Umsetzung des § 5 des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG):  
Erstellung, Überprüfung und Fortschreibung von Gleichstellungsplänen  
Vorlage: FB 11/0151/WP18**
  
- 4 **Antrag des Vereins „Ukrainer in Aachen“ auf Finanzierung zur Pflege und Unterstützung  
der Städtepartnerschaft Aachen - Chernihiv  
Vorlage: FB 01/0421/WP18**
  
- 5 **Sachstandsbericht - Ratsantrag: Deutliche Reduzierung der Wahlwerbemittel im  
öffentlichen Raum der Stadt Aachen bei kommenden Wahlen  
hier: Tagesordnungsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 18.10.2023  
Vorlage: FB 01/0424/WP18**
  
- 6 **Einführung eines Public Corporate Governance Kodex  
Vorlage: FB 20/0182/WP18**
  
- 7 **Fragestunde zum Teamtag des Fachbereichs 61 - Stadtentwicklung, -planung und  
Mobilitätsinfrastruktur im Jahr 2022  
hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 03.11.2023**
  
- 8 **Vergabeverfahren hinsichtlich des Weihnachtsdorfes und der Hütte 16 am Büchel  
hier: Tagesordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 07.11.2023  
Vorlage: Dez II/0033/WP18**

- 9 **Bilanz Ermöglichungskultur Innenstadt / Außengastronomie**  
hier: **Gemeinsamer Tagesordnungsantrag der Fraktionen von GRÜNE und SPD vom 07.11.2023**  
Vorlage: **FB 01/0425/WP18**
- 10 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 11 **Umgang der Stadt Aachen mit Whistleblowern**  
hier: **Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2023**  
Vorlage: **FB 14/0185/WP18**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung:**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 13.09.2023 (nichtöffentlicher Teil):**  
Vorlage: **FB 01/0420/WP18**
- 3 **Mitteilungen der Verwaltung:**

## **Protokoll:**

Öffentlicher Teil

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Oberbürgermeisterin Keupen eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Ratsherr Servos (SPD) schlägt vor, Tagesordnungspunkt 6 zwecks Beratungsbedarf zu verschieben und Tagesordnungspunkt 9 an den Rechnungsprüfungsausschuss, ebenfalls zwecks Beratung, weiterzuleiten und anschließend in die nächste Sitzung anzusetzen.

Die Änderungen werden einstimmig angenommen.

## **zu 2 Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 13.09.2023**

**(öffentlicher Teil)**

**Vorlage: FB 01/0419/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss der Stadt genehmigt bei zwei Enthaltungen einstimmig die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 13.09.2023 (öffentlicher Teil).

## **zu 3 Umsetzung des § 5 des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG):**

**Erstellung, Überprüfung und Fortschreibung von Gleichstellungsplänen**

**Vorlage: FB 11/0151/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen teilt mit, dass zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Bausch (FB 01) und Frau Augardt (FB 11) ihre Ergebnisse nun in Form einer Power Point Präsentation vorstellen werden.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) bedankt sich herzlich bei Frau Bausch und ihrem Team für den Gleichstellungsbericht und die Fortschreibung. Die Ergebnisse zeigen deutlich, wie sehr die Arbeit fruchte. Sie halte es für sehr wichtig, dass für Frauen Unterstützung im Bereich Weiterentwicklung innerhalb der Verwaltung und Aufstiegsmöglichkeiten geboten werde.

Man könne nicht erwarten, dass man in jeder Fortschreibung das Highlight habe, da bereits sehr viel umgesetzt worden sei, die weibliche Auslastung sei jedoch schon sehenswert.

Bezüglich der „Gläsernen Decke“ hält sie fest, dass es natürlich immer weiter nach oben gehen könne, gerade jedoch im Segment der Fachbereichsleitung oder der Eigenbetriebe die Personaldecke dünner als im mittleren oder unteren Segment sei. Man könne die geplanten 10 Prozent nicht überall anpassen, gerade in dem Beispiel der Feuerwehr sei es eher nicht möglich, da eine Frau in einem Feuerwehreinsatz genauso vollgepackt wie ein Mann sei und daher auch dieselbe sportliche Fitness benötige.

Ratsherr Szaguun (DIE Zukunft) bedankt sich für den Vortrag und möchte wissen, ob die Freiwilligen ebenfalls miterfasst worden seien. In den letzten Tagen sei die Kampagne „Frauen machen Feuerwehr“ gestartet, daher fände er es sehr interessant.

Ratsfrau Griepentrog (Grüne) bedankt sich ebenfalls für den ausführlichen Bericht, der bereits im Personalverwaltungs Ausschuss ausführlich diskutiert worden sei. Man habe festgestellt, dass der Plan eine sehr fundierte Analyse und Evaluation zudem sei, was man bereits geschafft habe. Die Einschätzung gehe jedoch in eine etwas andere Richtung, da sich die Dinge zwar verändern, jedoch zu langsam. Sowohl im Bereich der Führungsetagen als auch der Elternzeit sei an der Statistik deutlich zu erkennen, dass sich wenig verändert habe und noch Luft nach oben sei. Im Personalverwaltungs Ausschuss habe man den Wunsch formuliert, dass der Plan zukünftig noch verfeinert und die konkreten Ziele verdeutlicht werden, um in Besetzungsverfahren entsprechend reagieren zu können.

Ratsherr Pilgram (Grüne) spricht ebenfalls seinen Dank aus und hält fest, dass die Stadt Aachen eine

attraktive Arbeitgeberin sei und als Vorbildfunktion für andere Unternehmen diene. Er fragt, ob die Möglichkeit bestehe, bei den städtischen Beteiligungsgesellschaften ebenfalls nachzurüsten, da er bei seinen Recherchen keine einzige weibliche Führungskraft feststellen konnte.

Ratsherr Servos (SPD) bedankt sich ebenfalls und hält fest, dass der Vortrag viele wichtige Informationen beinhalte und einige Denkanstöße gegeben habe. Es gebe zum einen das Problem des Generationenwechsels, der seine Zeit benötige und zum anderen laufe bei der „Pro Führungsebene“ ein Kampf gegen die Zeit. Es sei gut, dass innerhalb der Stadtverwaltung eine vergleichsweise geringe Fluktuation herrsche, gleichzeitig sei aber genau das die Hemmung, um die Frauenquote in Führungsebenen anzuheben. Bezüglich der Elternzeit teilt er aus eigener Erfahrung mit, dass es für Männer nicht so einfach sei, zu sagen, man bleibe mit seinem Kind zuhause und mache Elternzeit. Diese Stimmung zu brechen, werde einen langem Atem brauchen und daher sichert er hierzu konkret die politische Unterstützung zu.

Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich und hält bezüglich den fehlenden weiblichen Führungskräften in den Beteiligungsgesellschaften fest, dass das Thema immer wieder auf die Agenda gebracht und systematisch eingefordert werde. Bei der Kampagne „kompetent managen“ sei ein großer Frauenanteil, der sich qualifizieren möchte. Dies stimme sie sehr positiv, die Frauen seien am Anfang ihrer Karriere in der Stadtverwaltung und daher habe man noch eine gute Perspektive, diese Frauen in Führungspositionen zu entwickeln.

Ratsfrau Breuer (CDU) bedankt sich und hält fest, dass sich der Vortrag gelohnt habe und deutlich zeige, was hier in der Stadt Aachen geschaffen worden sei. Dennoch müsse man die Realität im normalen Leben erkennen. Frauen bekommen immer noch die Kinder und wollen, solange diese noch klein sind, meistens auch mit ihnen zuhause bleiben und nicht in fremde Hände geben. Zwischen den beiden Geschlechtern herrsche nun mal ein Unterschied.

Ratsherr Mohr (AfD) äußert, dass sich die Verwaltung bezüglich der Personalpolitik nicht nach den Geschlechtern, sondern nach der Qualifikation richten solle. Er schäme sich für die Diskussionen, die solch ein Gesellschaftsklima erzeugen. Daher stimme die AfD Ratsgruppe dem Plan nicht zu.

#### **Beschluss:**

Auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin und Empfehlung des Personal- und Verwaltungsausschusses empfiehlt der Hauptausschuss mit einer Gegenstimme mehrheitlich dem Rat der Stadt, den Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung Aachen zu beschließen.

#### **zu 4 Antrag des Vereins „Ukrainer in Aachen“ auf Finanzierung zur Pflege und Unterstützung der Städtepartnerschaft Aachen – Chernihiv**

##### **Vorlage: FB 01/0421/WP18**

Ratsherr Pilgram (Grüne) bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorlage und hält fest, dass der Verein sehr gute und engagierte Arbeit leiste und daher auch die dauerhafte Unterstützung zugesichert werden solle.

Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich und teilt mit, dass sich diese Woche zwei Fahrzeuge aus dem Aachener Stadtbetrieb über das Blau-Gelbe Kreuz auf den Weg in die Ukraine gemacht haben. Das Blau-Gelbe Kreuz transportiere täglich ein Fahrzeug in die Ukraine und man sei sehr dankbar, dass man hier konkret Hilfe durch Fachexpertise bei dem infrastrukturellen Wiederaufbau leisten könne. Vor zwei Wochen seien Experten zum Thema Wasser hier gewesen, die sich gemeinsam mit dem Wasserverband der Stadt Aachen die Kläranlage angeschaut haben, um innovative Impulse für den Wiederaufbau mitzunehmen. Vergangene Woche habe man auf der Ukrainekonferenz in Leipzig auch viele Gespräche führen können, die deutlich gezeigt haben, dass man auf einem guten Weg sei und die dauerhafte Unterstützung sinnvoll sei.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, den Antrag auf Förderung des Vereins Ukrainer in Aachen e.V. zur Pflege und Unterstützung der Städtepartnerschaft Aachen – Chernihiv zu unterstützen und die Mittel in den Haushaltsplanungen zu berücksichtigen.

**zu 5 Sachstandsbericht - Ratsantrag: Deutliche Reduzierung der Wahlwerbemittel im öffentlichen Raum der Stadt Aachen bei kommenden Wahlen**

**hier: Tagesordnungsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 18.10.2023**

**Vorlage: FB 01/0424/WP18**

Ratsherr Szaguun (DIE Zukunft) bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorbereitung der Vorlage, die ihn jedoch leider erwartungsgemäß nicht besonders glücklich mache. Er erläutert, dass der Antrag der Fraktion DIE Zukunft darauf ziele, die unfassbaren Müllberge, die bei Wahlwerbungen entstehen, einzugrenzen. Die Fraktion werde demnächst auf alle Parteien zugehen, um eine Einigung zu finden und vielleicht auf dem Weg der freiwilligen Reduzierung ein angemessenes Ziel zu erreichen, da es rechtlich und gesetzlich nicht festgesetzt werden könne.

Ratsherr Deumens (DIE LINKE) findet den Antrag der Fraktion DIE Zukunft besonders im Hinblick auf die Müllvermeidung und den Umweltschutz sehr interessant. Dennoch sei es richtig, dass bei Wahlkämpfen eine solche gesetzliche oder rechtliche Einschränkung nicht möglich sei, da Wahlkämpfe wesentliches Element der Demokratie seien. Das einzig Mögliche seien freiwillige Vereinbarungen zwischen den Parteien zu treffen, was seines Wissens nach in der Vergangenheit bereits angedacht, jedoch bis heute nicht realisiert worden sei.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss nimmt einstimmig die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**zu 6 Einführung eines Public Corporate Governance Kodex**

**Vorlage: FB 20/0182/WP18**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung zurückgezogen.

## **zu 7 Fragestunde zum Teamtag des Fachbereichs 61 - Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur im Jahr 2022**

**hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 03.11.2023**

Oberbürgermeisterin Keupen führt zu diesem Tagesordnungspunkt kurz ein. Nach der belastenden Situation in der Verwaltung während der Corona Pandemie, wurde den Mitarbeitenden die Möglichkeit eingeräumt, im Rahmen ihrer Arbeitszeit einen gemeinsamen Teamtag durchzuführen. Teamtage ermöglichen insbesondere neuen Kolleginnen und Kollegen in den jeweiligen Abteilungen persönliche Begegnungen, Austausch und stärken das soziale Miteinander, das während der Corona Krise sehr stark gelitten hat. Sie bittet an der Stelle nochmal, zwei Jahre zurückzuschauen und sich die Lage zu vergegenwärtigen, in der man sich befunden hat, viele Teams haben sich in dieser Zeit kaum gesehen. Das Angebot der Teamtage habe für alle Bereiche der Verwaltung gegolten und im April diesen Jahres sei, wie auch hinlänglich, durch Presseberichterstattungen, bekannt geworden, dass die Kosten der Verpflegung und der Eintrittsgelder für den Teamtag eines Fachbereiches aus städtischen Mitteln gezahlt worden seien. Dieses Vorgehen bedauere man außerordentlich und halte es auch nicht für angemessen. Daher habe man daraufhin allgemeine Richtlinien für den Umgang mit den Kosten der Teamtage veröffentlicht und verwaltungsintern kommuniziert. Hierbei habe man unmissverständlich klargestellt, dass Kosten für Teamtage nicht von der Verwaltung finanziell beglichen werden. Leider sei durch die öffentliche Debatte ein Schaden für die gesamte Belegschaft der Verwaltung entstanden, insbesondere für einzelne Mitarbeitende, die hier durch die öffentliche Berichterstattung unter Generalverdacht gestellt und in ihrem privaten Bereich kritisiert und beschimpft worden seien. Dies treffe sie persönlich sehr schwer, die Betroffenen haben einen derartigen Umgang und Beschimpfungen nicht verdient. Sie erläutert, dass sie dennoch die Fragestunde, die als solche in der Gemeindeordnung nicht vorgesehen sei, nun abarbeiten werde. Sie verliest die Antworten zum Fragenkatalog im Rahmen des Tagesordnungsantrages der Fraktionen CDU und FDP.

Der Fragenkatalog inkl. der Antworten ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Beigeordnete Burgdorff bedauert ebenfalls sehr, dass die Teamtage zu einer derartigen Irritation der Stadtgesellschaft, der Mitarbeitendenschaft und der Politik geführt haben. Sie hofft, dass die ruhige Aufklärung in einigen Wochen so viel Licht in die Angelegenheit bringen werde, dass sachliche Gespräche miteinander wieder möglich seien.

Ratsfrau Lürken (CDU) bedankt sich für die Aufklärung und das Bedauern und hält fest, dass die einzelnen Fraktionen keinerlei Probleme mit Betriebsausflügen und Teamtagen oder Teamentwicklungsmaßnahmen haben. Alle drei Instrumente seien wichtig, um Mitarbeitende zu motivieren und das Team zusammen zu bringen. Dies sei in der privaten Wirtschaft Gang und Gebe und gelte ebenso für die Stadtverwaltung. Dennoch gebe es klare Regeln, die für alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung gleich seien. Betriebsausflüge laufen meistens so ab, dass ein gemeinsamer Spaziergang oder eine Wanderung gemacht werde und anschließend gemeinsam gegessen werde. Diese Verpflegung sei aus der eigenen Tasche zu zahlen. Teamentwicklungsmaßnahmen hingegen werden im Dezernat des Beigeordneten Dr. Kremer beantragt, geprüft und bewilligt. Dieses Prozedere sei allen Mitarbeitenden der Stadt Aachen bekannt und gelte auch für Alle. Es gehöre in die Verantwortung der Führungskraft, die eigene Handlung zu hinterfragen, wenn Mitarbeitende Bedenken

bezüglich der Richtigkeit äußern. Dies sei hier jedoch nicht geschehen.

Sie richtet Ihr Wort an Oberbürgermeisterin Keupen und äußert, dass ihr die scheinweise Aufklärung Sorge bereite. Man sei über den Vorfall erst unmittelbar vor der Presseveröffentlichung telefonisch informiert worden. Dies sei keine zufriedenstellende Informationspolitik und auch die Aussage, dass es im Nachhinein geprüft werde, sei schwierig. Die Prüfung laufe seit April und sie hoffe, dass diese zeitnah beendet werde. Ein Antrag und eine entsprechende Bewilligung an der Stelle liegen, ihren Kenntnissen nach, nicht vor. Durch die Presseberichterstattung erlebe man nun, dass nicht nur einzelne, sondern alle 6000 Mitarbeitende der Stadtverwaltung unter Generalverdacht gestellt werden. Dies tue ihr unendlich leid, das dürfe nicht sein, es gehe nun um Transparenz und durch Ruhe zur Aufklärung der Angelegenheit beizutragen, um die Regeln nochmal zu verdeutlichen. Man werde versuchen, das Ganze im Rechnungsprüfungsausschuss weiter zu begleiten. Zu der Beantwortung der Fragen habe sie eigentlich eine Vorlage erwartet. Mit den Antworten, die in schriftlicher Form vorliegen, werde man sich dann noch befassen müssen. Sie möchte jedoch noch wissen, ob jeder aktiv angeschrieben worden sei mit der Aussage „Macht Teamtage, wir zahlen die“ oder was die Aufforderung zu Teamtagen gewesen sei. Außerdem möchte sie wissen, ob die Antwort zu Frage 14 richtig sei, da sie die Presseerklärung der Stadt Aachen nicht gesehen habe und schriftlich nichts über die Strafverfolgung vorgelegt worden sei.

Ratsherr Helg (FDP) bedankt sich bei Oberbürgermeisterin Keupen für die Beantwortung der Fragen und erläutert, dass Hintergrund des gemeinsamen Tagesordnungsantrages der CDU und FDP Fraktion die lückenlose Ausklärung dieser, zuerst Anfang Oktober an die Presse gelangten Informationen über die Teamtage 2023, von denen der Rat der Stadt Aachen leider auch nur aus der Presse erfahren habe. Eine große Diskussion sei in der Öffentlichkeit entstanden, wie diese angefallenen Kosten verbucht worden seien. Tatsächlich müsse auch er festhalten, dass die Informationen nur scheinweise geliefert worden seien, zuerst ginge es nur um einen Teamtag, mittlerweile seien im Fachbereich 61 Kosten in Höhe von 19.500,00 € zusammengekommen und heute Morgen seien Ratsfrau Lürken (CDU) und er selbst von der Presse informiert worden, dass ein weiterer Teamtag aus dem Jahr 2021 Kosten in Höhe von 4.500,00 € verursacht habe. Er möchte wissen, ob diese Kosten in dem Betrag in Höhe von 19.500,00 € enthalten seien. Er hält weiterhin fest, dass die schriftliche Beantwortung durch die CDU und FDP Fraktion geprüft werden müsse und ggf. Zusatzfragen in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses Anfang Dezember zur Sprache gebracht werden. Er hoffe zudem, dass in den nächsten Tagen nicht noch weitere Veröffentlichungen folgen und Ruhe einkehre.

Ratsfrau Brinner (Grüne) möchte darum werben, dass der Vorgang hier nicht weiter analysiert und die Angelegenheit ruhig und sachlich geklärt werde. Dass in der Verwaltung ein Fehler passiert sei, sei problematisch, jedoch noch lange kein Skandal. Die sachliche Betrachtung sei hier richtig, Fehler passieren in jeder Verwaltung und in jedem Unternehmen. Das Rechnungsprüfungsamt prüfe die Angelegenheit mit dem Ziel, die Fehler aufzuklären. Eine scheinweise Aufklärung sehe man an der Stelle nicht, man sehe einen Vorgang, der seit April, als Oberbürgermeisterin Keupen informiert worden sei, geprüft werde und der kann, wenn man die Prozesse in der Stadtverwaltung kenne, auch als Politik, eine Zeit lang dauern, was auch völlig in Ordnung sei. Weshalb der Vorgang während der Prüfung an die Öffentlichkeit getragen worden sei, sei fraglich, sie möchte jedoch nicht den Verdacht erwecken, dass hier bewusst die Menschen oder Fachbereiche geschädigt werden sollten, das wäre eine Unterstellung,

aber hier sei bewusst ein in der Prüfung befindlicher Vorgang an die Öffentlichkeit gebracht worden. Tatsache sei jedoch, dass nichts vertuscht oder scheinbarweise an die Öffentlichkeit gebracht worden sei. Ein Fehlverhalten des Rechnungsprüfungsamtes sehe man hier nicht, da der Vorgang nach ordnungsgemäßer Beendigung der Prüfung mit Sicherheit vorgestellt worden wäre. Dass hier die Stadtverwaltung und insbesondere einzelne Mitarbeitende öffentlich an den Pranger gestellt werden, sei hochproblematisch. Sie freut sich, dass Ratsfrau Lürken (CDU) das ganz genauso sehe, fragt sich jedoch, weshalb der Vorgang dann nicht ganz normal behandelt werde, sondern ein Fragenkatalog auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt werde, da gerade dies ein Misstrauen gegenüber der Verwaltung zeige. Sie betont, dass Fehler passiert seien, das Vertrauen an die Verwaltung jedoch weiterhin da sei, diese Fehler aufgearbeitet werden und zukünftig dafür Sorge getragen werde, dass sie sich nicht wiederholen. Sie hält fest, dass Teamtage sehr sinnvoll seien, denn auch eine Stadtverwaltung müsse Mitarbeitendenbindung betreiben. Sie findet es toll, dass den Mitarbeitenden grundsätzlich so etwas ermöglicht werde.

Ratsherr Servos (SPD) bedankt sich ebenfalls für die ausführliche Darstellung, die Offenheit und das Bedauern. Er möchte sich auch für die Einleitung der Prüfung bedanken.

Die einheitliche Meinung darüber, dass Teamtage zu einer modernen Verwaltung selbstverständlich dazugehören, schätze er sehr. In der letzten Wahlperiode habe man aktiv darum geworben und auch dafür gesorgt, dass solche Möglichkeiten für die Verwaltung geschaffen werden, um als Arbeitgeberin attraktiv zu sein. Zu dem Vorgang äußert er, dass seiner Meinung nach die Diskussion nicht heute in der Sitzung des Hauptausschusses hätte stattfinden müssen, sondern in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses im Dezember. Je mehr Druck man in der Aufklärung ausübe, umso schwieriger sei es im Nachhinein, wieder Vertrauen zu gewinnen. Wichtig sei nun, die Fehler, die passiert seien, zu korrigieren. Die verursachten Kosten seien natürlich enorm, aber das Hauptproblem sei, dass das Vertrauen zwischen Politik und Verwaltung geknickt sei, da die Aufklärung und die Informationen nicht so gegeben worden sind, wie es hätte sein müssen.

Er äußert, dass die SPD-Fraktion die vollständige Aufklärung und Transparenz der Angelegenheit erwarte und da, wo erforderlich, auch angemessene Konsequenzen gezogen werden, unter Einbezug dessen, dass sich hier wahrscheinlich auch niemand bereichern wollte, sondern dass es nicht mit Absicht passiert sei. Nach vollständiger, sauberer Aufbereitung des Rechnungsprüfungsausschusses und Diskussion in der Sitzung, werde man es als Politik bewerten und anschließend entscheiden können, ob es ein Fehler ohne große Auswirkungen gewesen sei, ob man Regeln verschärfen müsse und ob es ein größeres Problem gewesen sei. Diese Kenntnis habe man heute noch nicht. Er hoffe sehr, dass die Angelegenheit insgesamt lückenlos geklärt werden könne.

Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich und bezieht sich auf die Frage von Rats Herrn Helg (FDP) bzgl. der Kosten. Sie erläutert hierzu, dass die in der Presse gemeldete Summe in Höhe von 4.500 € entsprechend in ihren Ausführungen berücksichtigt sei.

Rats Herr Deumens (DIE LINKE) hält fest, dass die heutige und die in den vergangenen Wochen stattgefundenen Diskussionen deutlich gezeigt haben, dass nun Ruhe in die Aufklärung der Angelegenheit einkehren müsse. Dies sei man den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung schuldig.

Die verfassten Antworten auf den Fragenkatalog seien ein erster wichtiger Schritt, um Klarheit in die Angelegenheit zu bekommen. Er habe mit seiner Fraktion sehr intensiv über dieses Thema diskutiert, hierbei sei man sich einig darüber, dass das Rechnungsprüfungsamt, das eine besondere Funktion habe, die Politik entsprechend zu informieren habe. Die Informationen hätten also viel früher herangetragen werden müssen. Weiterhin hoffe er, dass die Angelegenheit lückenlos und zeitnah geklärt werden um man zu einem Ergebnis kommen könne und dass es nicht zu einem langfristigen Schaden der Verwaltung komme.

Dirk Emmerich (Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt) hält fest, dass ihm vollkommen bewusst sei, dass das Rechnungsprüfungsamt eine besondere Funktion habe. Er räumt ein, dass man früher über die Angelegenheit hätte informieren können, zumindest anonymisiert in der Sitzung im September unter dem Tagesordnungspunkt nichtöffentliche Mitteilungen der Verwaltung, zu dem Zeitpunkt befand sich die Angelegenheit jedoch zur Prüfung beim Fachbereich für Personal und Organisation, sodass er nicht viele Informationen hätte mitteilen können. Er bestätigt, dass in der Sitzung im Dezember ein ausführlicher Sachstandsbericht erfolgen werde und weitere Diskussionen heute nicht erforderlich seien.

Oberbürgermeisterin Keupen nimmt Bezug auf die Frage von Ratsfrau Lürken (CDU), ob allen Mitarbeitenden die Möglichkeit, einen Teamtag auf Kosten der Verwaltung zu machen, eingeräumt worden sei und erläutert, dass die Mitteilung an alle gegangen sei, jedoch nicht mit einer Zusicherung einer Kostenübernahme. Sie nimmt gerne an, dass man bei so einem neuen Instrument präziser hätte informieren müssen, dennoch verweist sie nochmal auf die Corona-Zeit, in der schnell die Einräumung von Teamtagen in der Verwaltung ermöglicht wurden, um die Teamkompetenz und das soziale Miteinander zu stärken.

Ratsherr Pilgram (Grüne) teilt mit, dass er überzeugt davon sei, dass die Verwaltung und das Rechnungsprüfungsamt völlig korrekt mit der Situation umgegangen seien und man ohne diese Presseveröffentlichung eine Aufklärung von beiden Instanzen erfolgt wäre. Außerdem sei er der Meinung, dass nicht die Mitglieder des Hauptausschusses die Konsequenzen aus der Angelegenheit ziehen müssen, sondern die Verwaltungsleitung. Er sehe die Politik jedoch mit in der Verantwortung, was die Skandalisierung angehe. Die Aufgabe der Politik sei es, zu reflektieren, wenn solche Informationen durchgestochen werden, die gar nicht geprüft seien, wo bekannt sei, dass wahrscheinlich etwas schiefgelaufen sei, die Schadenshöhe jedoch nicht. Es sei völlig normal, dass hin und wieder in der Verwaltung auch etwas schief laufe. Weiterhin unterstelle er, dass die Personen, die solche Informationen bei der Presse durchstechen, Interesse daran haben, die Verwaltung und sogar einzelne Personen schlecht, und sich selbst wichtigmachen wollen. Zudem hält er fest, dass es nicht angebracht sei, die Angelegenheit nicht als ganz normalen Vorgang zu behandeln, sondern ihn eher, zusätzlich zu den Presseveröffentlichungen, mit Fragekatalogen zu skandalisieren.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) hält fest, dass sie über die Wortbeiträge von Ratsfrau Brinner (Grüne) und Ratsherrn Servos (SPD) hinweg sehen könne, jedoch nicht über den von Ratsherrn Pilgram (Grüne). Hier gehe es nicht um die Teamtage, bis zu diesem Vorfall habe es keine Zweifel oder Beanstandungen gegeben, wie mit diesen finanziell umgegangen werde. Hier gehe es darum, dass der

Rechnungsprüfungsamt zwar die Oberbürgermeisterin informiert habe, die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses, gemäß der Rechnungsprüfungsordnung, jedoch nicht. Hier gehe es auch nicht darum, dass etwas skandalisiert werde, die Presse habe dies auch nicht getan, sie habe lediglich einen Bericht erstattet, und die CDU mit den Fragestellungen ebenfalls nicht. Ein Skandal sei jedoch seine Wortmeldung. Wäre man vernünftig informiert worden, hätte man sich die Fragen gespart, das hätte man auch bevorzugt. Ein Skandal sei auch, dass das alles auf dem Rücken der Mitarbeitenden ausgetragen werde, jedoch trage auch hier weder die CDU noch die Presse die Verantwortung, sondern die Personen, die die Regeln der Stadt Aachen gebrochen haben. Sie bittet die Oberbürgermeisterin noch Bericht zu erstatten, ob es im Jahr 2023 auch Teamtage gegeben habe und wie diese abgerechnet worden seien. Außerdem fehle bei der Antwort zu Frage 3, auf welcher rechtlichen Grundlage die Abrechnung basiere. Man sei sicher, dass im Rechnungsprüfungsausschuss eine Aufklärung und ein Ergebnis erfolgen und dann entsprechend verfahren werde. Der Umgang mit der Aufklärung sei weder durch die CDU, noch durch die Presse schlecht, sondern weil der Rechnungsprüfungsausschuss nicht zur genügenden Aufklärung beigetragen habe.

Ratsherr Helg (FDP) bedankt sich bei Oberbürgermeisterin Keupen für die Beantwortung der Fragen und für die Ausführungen von der Beigeordneten Burgdorff. Er nimmt Bezug auf die Bemerkungen und Worte „Skandal“ und „Vertuschung“, die in der Debatte gefallen seien und hält fest, dass die CDU und FDP weder die Presseerstattung gewertet, noch in irgendeiner Art und Weise das Thema aufgebauscht haben. Der Tagesordnungsantrag sei lediglich gestellt worden, um eine umfassende Aufklärung mit Transparenz so schnell wie möglich in die Wege zu leiten. Als Rat der Stadt sei man, genau wie die Verwaltung, Teil der Exekutive und müsse nach der Aufklärung dieses Sachverhaltes dafür Sorge tragen, dass das teilweise verloren gegangene Vertrauen wieder hergestellt werde. Man behalte sich vor, die Beantwortung der 17 Fragen vor der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zu prüfen und mögliche Zusatzfragen zu gegebener Zeit ebenfalls zur Klärung stellen.

Ratsherr Plum (SPD) hält fest, dass das gefallene Wort „durchstechen“ nicht das Richtige sei, es seien Informationen weitergegeben worden, eine Skandalisierung liege nicht vor. Die Fragen hätte er zwar so nicht gestellt, dennoch sei es das gute Recht der Opposition, dies zu tun. Dies gehöre zum Geschäft der Demokratie. Die Presse habe auch nichts falsch gemacht, sie habe lediglich Bericht erstattet. Die Angelegenheit wäre sowieso rausgekommen und die SPD-Fraktion habe auch nicht von Vertuschung gesprochen.

Ratsfrau Lürken (CDU) äußert, dass sie der Wortbeitrag von Ratsherrn Pilgram (Grüne) geschockt habe. Wenn etwas nicht gut oder richtig läuft, muss man es auch sagen können. Hier werde unendlich gute Arbeit geleistet, Fehler dürfen passieren, jedoch müsse man über Fehler informieren und gemeinsam an einer Lösung arbeiten. Wenn sie jedoch Informationen dieser Art aus der Presse erfahre, stelle sie die ganze Arbeit, die man hier leiste, in Frage. Die CDU-Fraktion habe den Ansatz, die Angelegenheit mit Transparenz zu behandeln und aufzuklären und dieses Bedürfnis haben mit Sicherheit auch alle im heutigen Hauptausschuss. Sie bittet eindringlich darum, grundsätzlich nachzufragen, was in solchen Angelegenheiten der ursprüngliche Fehler sei. Im vorliegenden Fall sei der ursprüngliche Fehler nicht die Fragestellung der CDU gewesen, sondern die fehlende Information.

Ratsherr von Thenen (CDU) äußert, als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses, dass in der Vergangenheit die sachkundigen Bürger dieses Ausschusses unter Generalverdacht genommen worden seien, Informationen durchgestochen zu haben. Dies habe zu einer massiven Belastung geführt und man könne schon fast „Gott sei Dank“ sagen, dass durch den jetzigen Vorgang und möglicherweise durch den heutigen Pressebericht deutlich bewiesen worden sei, dass eben nicht die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses Informationen durchstechen lassen.

Er sei der Meinung, dass festgelegt müsse, wer wann welche Informationen zugetragen bekomme. Es könne nicht sein, dass mal die Fraktionsgeschäftsführung, mal die Fraktionsvorsitzenden, mal die Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses Informationen erhalten und er halte auch wenig davon, so etwas telefonisch zu machen. Das Sprichwort „Was du schwarz auf weiß besitzt, kannst du getrost nach Hause tragen“ finde hier Gültigkeit.

Ratsherr Szaguun (DIE Zukunft) bedankt sich für den Fragenkatalog und hält fest, dass auch er, genauso wie Ratsfrau Lürken (CDU) der Meinung sei, dass der Rat in seiner Arbeit gehemmt werde, wenn man derartige Informationen aus der Presse erfahre. Er bezieht sich auf den Wortbeitrag von Ratsherrn von Thenen (CDU) und bestätigt, dass das Misstrauen in solchen Angelegenheiten zurückschlage. Er bedankt sich bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit, insbesondere bei Oberbürgermeisterin Keupen, Beigeordneten Burgdorff und Fachbereichsleiter Emmerich für die Entschuldigung und geht davon aus, dass man verwaltungsseitig die transparente, konsequente Aufklärung der Angelegenheit sehen werde und dies zukünftig nicht mehr vorkomme.

Ratsherr Servos (SPD) greift die Äußerung von Ratsfrau Lürken (CDU) auf, dass gesagt werden solle, wenn etwas nicht gut sei und dies sei auch zu Anfang der Diskussion durch Oberbürgermeisterin Keupen und Beigeordnete Burgdorff festgehalten worden. Mit der Äußerung in seinem ersten Wortbeitrag dieser Debatte, dass er bzgl. des gestellten Fragenkatalogs anders entschieden hätte, habe er nicht die Absicht gehabt, die CDU-Fraktion in die „böse Ecke“ zu stellen und findet es schade, dass die Debatte diese Richtung eingeschlagen habe. Die SPD-Fraktion habe nicht von Skandal oder Vertuschung gesprochen. Der Fehler liege nicht bei der Presse oder der heutigen Debattenführung, man müsse sich aber die Frage stellen, in welcher Form sie geführt werde. Wie man allen Wortbeiträgen entnehmen könne, besteht das gemeinsame Interesse darin, sie in Ruhe und nachhaltig zu führen, um das Vertrauen wieder herzustellen. Dies sei am besten möglich, wenn man die Ergebnisse und Konsequenzen abwarte und anschließend mögliche Zusatzfragen geklärt werden.

Ratsherr Pilgram (Grüne) hält fest, dass er mit seinem Wortbeitrag nicht provozieren wollte. Ihm sei es enorm wichtig, dass das Vertrauen wieder hergestellt werde. Man hätte in dieser Angelegenheit einfach abwarten müssen, bis die Prüfung abgeschlossen gewesen wäre, man müsse ohnehin nicht über jede laufende Prüfung im Vorfeld informiert werden. Wichtig sei, dass grundsätzlich ordentlich und umfassend geprüft werde.

Ratsfrau Brinner (Grüne) möchte zum Abschluss dieser unerwartet hitzigen Debatte den Vorschlag von Ratsherrn Helg (FDP) aufgreifen, dass Politik und Verwaltung wieder zusammenwachsen und das

Vertrauen gestärkt werde. Natürlich sei die Aufklärung wichtig, wichtig sei jedoch auch, dass die politische Energie auf die Gestaltung und Transformation der Stadt Aachen fokussiert werde.

Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich für die Wortbeiträge.

## **zu 8 Vergabeverfahren hinsichtlich des Weihnachtsdorfes und der Hütte 16 am Büchel**

**hier: Tagesordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 07.11.2023**

**Vorlage: Dez II/0033/WP18**

Ratsherr Deumens (DIE LINKE) erläutert, dass sich die Fraktion DIE LINKE, bei all den in den letzten Monaten stattgefundenen Gesprächen über die Hütte 16, frage, weshalb die Politik nicht eingebunden worden sei. Das Konzept Weihnachtsdorf am Büchel, das einen nicht kommerziellen Charakter habe, sei gut und auch richtig von der SEGA ausgearbeitet worden, hier gehe es allerdings um die Hütte 16, über die in der Vergangenheit aufgrund ihrer Sonderstellung immer wieder kontrovers diskutiert worden sei. Die Fraktion DIE LINKE fordert, dass die Hütte 16 zukünftig regulär auf den Flächen des Weihnachtsmarktes integriert und nicht mehr sonderbehandelt werde.

Ratsherr Szaguun (DIE Zukunft) stimmt Ratsherrn Deumens (DIE LINKE) zu und möchte wissen, was mit den Erlösen der nichtkommerziellen Stände passiere.

Ratsherr Breuer (Grüne) sieht keine explizite Sonderbehandlung der Hütte 16, sondern eine faire und gerechte Lösung für dieses Jahr. Die Hütte 16 sei in eine neu kreierte Fläche integriert worden, auf der auch viele andere die Möglichkeit haben, Ihre Produkte vor- und auszustellen. Das Weihnachtsdorf und auch die Hütte 16 seien eine Bereicherung für den Weihnachtsmarkt. Bei der Ausschreibung im nächsten Jahr werde die ein oder andere Hütte mit Sicherheit dann neu justiert und man werde schauen, ob man die Hütte 16 unterbringen könne.

Ratsfrau Breuer (CDU) äußert, dass die Hütte 16 dieser Ecke gut tun und auch andere Stände von ihr profitieren werden.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) möchte nicht, dass hier ein negativer Zungenschlag bezüglich der Hütte 16 entstehe und erinnert daran, dass nicht er Rat die Belegung des Weihnachtsmarktes regle, sondern der MAC. Für die Hütte 16 bestehe durch ihren diesjährigen Standort ein Risiko und es bleibe abzuwarten, ob das funktionieren werde. Es solle auch nicht außer Acht gelassen werden, dass durch diese Lage der Hütte das Weihnachtsdorf mit seinem Bühnenprogramm, seiner Beleuchtung und seinem Budenzauber überhaupt erst finanziert werde. Der Fokus solle daher nicht so negativ darauf gelegt werden.

Stadtdirektorin Grehling bietet Ratsherrn Deumens (DIE LINKE) und Ratsherrn Szaguun (DIE Zukunft) eine Sichtung der Konzeptunterlagen hinsichtlich der Finanzierung in ihrem Büro an. Das Entscheidende, das immer etwas übersehen werde, sei, dass es einen Versuch gegeben habe, eine Veranstaltung auf der Fläche durchzuführen, die aus finanziellen Gründen gescheitert sei. Der Hinzutritt der Hütte 16 und ihr finanzieller Beitrag habe dazu geführt, dass zusammen mit den anderen Fördermechanismen, die auch vorher bereits möglich gewesen wären, das Ganze für alle Betreiber und die kulturellen

Veranstaltungen eben die Erfüllung dieses Konzeptes realisiert werden konnte. Dies bedeute nicht, dass ein kommerzieller Betreiber grundsätzlich jedes Produkt, das er verkauft, als Erlös gleich in einen Spendentopf tut. Sie erläutert, dass die SEGA sich mit ihrem Konzept an die eigenen Satzungsvorgaben orientiert habe. Natürlich wäre es schöner gewesen, wenn man das, was man Ende letzten Jahres besprochen hatte, hätte ermöglichen können. Grundsätzlich sei die Hütte 16 ein immer wiederkehrender Streitpunkt, da sie einem relativ statischen Verteilungsmechanismus irgendwie entsprechen musste/können/sollte. Dies habe sich in der Vorstellung auch in diesem Jahr nicht realisieren lassen. Im Zuge der Ausschreibung, den daraus resultierenden Ergebnissen und den folgenden Verhandlungen, werde man eine noch bessere Gestaltung ausarbeiten. Sie erläutert, dass der diesjährige Standort keine Dauerlösung sein werde, da bekannterweise die weitere Umgestaltung der Flächen anstehe.

Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich und erläutert, dass man in die detaillierten Planungen zum Weihnachtsdorf nicht mit einbezogen worden sei, da man sehr kurzfristig überlegen musste, was man alternativ anbieten könne. Man habe hier dann zwei Akteure zusammengebracht, die in erster Linie nicht gemeinsam unterwegs gewesen seien. Dies habe ein hohes Maß an Moderationstätigkeit erfordert und daher fehlte die Zeit, den Rat zu informieren. Sie bedankt sich für den Antrag, der die Möglichkeit biete, das Ganze nochmal transparent zu machen, die Umsetzung sei sehr kurzfristig gewesen. Eine Berichterstattung wäre heute turnusmäßig unter dem Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ erfolgt.

#### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

#### **zu 9 Bilanz Ermöglichungskultur Innenstadt / Außengastronomie**

**hier: Gemeinsamer Tagesordnungsantrag der Fraktionen von GRÜNE und SPD vom 07.11.2023**

**Vorlage: FB 01/0425/WP18**

Ratsherr Linden (SPD) bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion für die umfangreiche Vorlage und hält fest, dass die Bilanz deutlich zeige, dass im letzten Jahr viel bewegt worden sei. Der gemeinsam mit der Grüne-Fraktion eingebrachte Beschluss in der Hauptausschusssitzung im September letzten Jahres sei ein erster Aufschlag gewesen. Insgesamt seien es 6 eingebrachte Punkte gewesen, die dann nachlaufend im Rat und in den Haushaltsberatungen abgearbeitet und umgesetzt worden seien. Der Antrag sei damals gestellt worden, da einige Fallbeispiele den Anschein machten, dass es eher eine Verhinderungs- und nicht Ermöglichungskultur gab. Daher sei der erste Teil des Beschlussentwurfes die Ermöglichungskultur politisch als Handlungslinie der Stadt zu bekräftigen. Zudem sei die Verwaltung angehalten worden, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten die Verhältnismäßigkeit zu wahren und Ermessensspielräume zu nutzen. Die einstimmige Beschlussfassung habe ein gutes Signal gesendet, auch um der Verwaltung beim Ausüben dieser Ermessensspielräume den Rücken zu stärken. Der heutige Tagesordnungsantrag sei gestellt worden, um Bilanz zu ziehen und zu sehen, wie sich die Wahrnehmung und Haltung in diesem Jahr verändert und vielleicht gedreht habe. Die Vorlage liefere viele Beispiele für die bestärkte Wahrnehmung und enthalte Zahlen, die Freude beim Lesen bereiten. Die Geister scheiden sich allerdings beim Thema Gestaltungssatzung, insbesondere die Leitlinien zum Thema Außengastronomie. Ein Vorziehen dieses Prozesses sei leider nicht möglich gewesen, ebenso

wenig eine vorlaufende Miteinbeziehung der Außengastronomen. Dies habe auch in diesem Sommer zu kritischen Stimmen aus der DEHOGA geführt, die jedoch nicht nötig gewesen wären. Da der Prozess im neuen Jahr starten werde, wolle man an den einstimmig gefassten Beschluss erinnern, der deutlich besagt habe, dass die Leitlinien so überarbeitet werden sollen, dass die bestehenden und bekannten Defizite bei der Ausgestaltung der Leitlinien für die Außengastronomie behoben und der Prozess auf die Gastronomen ausgerichtet werde. Er bittet, dass hier auch andere Ausschüsse zur Beratung einbezogen werden.

Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich für die Anregung und die Bestärkung des Innenstadtentwicklungsteams, das teilweise heute auch anwesend sei.

Ratsfrau Lürken (CDU) bedankt sich bei der Verwaltung für die gut ausgearbeitete Vorlage und besonders für die Aufnahme des Gestaltungsleitfadens, da dieser der CDU-Fraktion sehr am Herzen liege. Weiterhin möchte sie wissen, ob die Möglichkeit bestehe, dass die Verwaltung zu den 70 Projektanträgen, die in der Auflistung stehen, noch Informationen nachreichen könne, da sie gerne wissen würde, was da gemacht worden sei. Weiterhin hält sie fest, dass die schallschutztechnischen Gutachten, die an 11 Plätzen in Aachen gemacht werden sollen, sehr erfreulich gewesen seien. Dies sei eine große Hilfe für die, die ehrenamtlich unterwegs seien, da immens hohe Kosten geschultert werden müssen. Sie würde noch gerne wissen, um welche 11 Plätze es sich handle und wünscht sich, dass diese Idee auch an vielen anderen Plätzen, z.B. in den Außenbezirken, umgesetzt werde.

Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich und hält fest, dass der Aspekt der bezirklichen Veranstaltungen, im Austausch mit den Bezirksämtern, bereits auf der Agenda stehe. Der Bezirk Haaren habe aus den bezirklichen Mitteln hier entsprechend vorgelegt und dies werde nun auch in den anderen Bezirksämtern so weitergeführt, dass auch häufig genutzte Flächen entsprechend mit ins Portfolio kommen und die Vereine entlastet werden. Bezüglich der 11 Veranstaltungsplätze übergibt sie das Wort an Dr. Bacher.

Dr. Jutta Bacher (Fachbereichsleitung Kommunikation u. Stadtmarketing) teilt mit, dass die Liste auf der Internetseite der Stadt Aachen unter der Rubrik Kultur/Freizeit/Veranstaltungen öffentlich einsehbar sei.

Ratsherr Pilgram (Grüne) bedankt sich ebenfalls für die sehr gute Vorlage und stimmt Ratsherrn Linden (SPD) zu, dass auch andere Ausschüsse, insbesondere der Kulturausschuss, miteinbezogen werden solle. Zum Thema Schallschutzgutachten bittet er zu prüfen, ob so ein Gutachten vor einer Veranstaltung verlangt werden solle. Er habe in seiner Recherche nichts Gesetzliches dazu gefunden.

Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich für die Anregung der weiteren Behandlung in anderen Ausschüssen und hält fest, dass man diese mitnehmen und gerne über die Aktivitäten in diesem Kontext berichten werde. Bezüglich der Schallschutzgutachten habe die Bezirksregierung die Stadt Aachen dazu aufgefordert, die Praxis anders als bis dato umgesetzt, auszugestalten und Gutachten anzufordern. Stadtdirektorin Grehling sei gerne zu einer Einzelberatung bereit, um hier auch nochmal deutlich zu machen, dass rechtlich gesehen jede Veranstaltung einzeln betrachtet werden müsse.

Beigeordnete Burgdorff bezieht sich auf Ratsherrn Linden (SPD) und teilt mit, dass man das Thema Leitlinien gerne auch an den zuständigen Fachbereich weitertragen werde. Mit den Leitlinien werde man sehr viel ermöglichen, jedoch auch Grenzen aufzeigen müssen, insbesondere in der Pufferzone Dom. Die Stadt Aachen sei angehalten, mit diesem Umfeld pflegsam umzugehen. In der Pontstraße und in der Schmiedstraße stehe man hingegen immer wieder vor Herausforderungen, da dort die Gastronomen Tische und Stühle in den Straßenraum hinein stellen. Dies sei nicht verkehrssicher und habe mit Gestaltung nichts zu tun. Bei aller Ermöglichungskultur sei die Straße am Ende für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Aachen da und wenn sie ökonomisch genutzt werde, müsse dies auch in einem guten, ästhetischen Rahmen passieren. Sie bittet an dieser Stelle um Vertrauen und sei überzeugt, dass man gemeinsam mit den anderen Ausschüssen eine gute Lösung erarbeiten werde.

Ratsherr von Thenen (CDU) hält fest, dass es nicht sein könne, dass die Bezirke Schallschutzgutachten aus den bezirklichen Mitteln zahlen müssen, wenn 11 Schallschutzgutachten aus städtischen Mitteln gezahlt werden. Da müsse man eine Kostenstelle finden, wo sie durch Allgemeinkosten gezahlt werden können.

Oberbürgermeisterin Keupen erläutert, dass bezirkliche Mittel auch städtische Mittel seien. Es befinde sich alles in ihrem Dezernat und sei dort auch gut aufgehoben und gemanagt.

Ratsherr Servos (SPD) erläutert, dass an der Hotmannspief ein Eisdielenbesitzer vor drei Jahren Sonnenschirme aufstellen wollte, ihm dies jedoch aufgrund der Nähe zum denkmalgeschützten Bereich nicht erlaubt worden sei. Er habe natürlich in solchen Bereichen Verständnis dafür, möchte aber dennoch darauf aufmerksam machen, dass man bei der Gestaltungssatzung ein gewisses Fingerspitzengefühl haben und die Regeln so auslegen müsse, dass die Gegebenheiten, insbesondere die monetäre wirtschaftliche Wirklichkeit der Gastronomen, beachtet und abgewogen werde.

Oberbürgermeisterin Keupen hält fest, dass an dieser Stelle „Maß und Mitte“ nochmal verdeutlicht werde und die Botschaft „Flexibilität“ sei, die man gerne mitnehme. Die Gestaltungssatzung werde man in den Ausschüssen intensiv beraten, Beigeordnete Burgdorff werde das fachlich gut begleiten, sodass man da für alle einen guten Weg finden werde.

Beigeordnete Burgdorff bedankt sich bei Ratsherrn Servos (SPD) und hält fest, dass solche konkreten Beispiele helfen und man sich gern dafür einsetze. Man werde vielleicht auch mit einem kleinen politischen Kreis aus Wirtschaftsförderungs- und Stadtgestaltungsperspektive zusammensetzen. Ganz wichtig sei jedoch, dass die Stadt Aachen keine Gestaltungssatzung sondern Gestaltungslinien habe, eine Denkmalbereichssatzung existiere jedoch.

#### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

## **zu 10 Mitteilungen der Verwaltung**

Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich bei Frau Milussi, die sehr zeitig wieder aus ihrem Mutterschutz zurückgekommen und die Geschäftsführung des Hauptausschusses von Herrn Berg übernommen habe. Weiterhin teilt sie mit, dass sie gemeinsam mit den Ratsherren Helg (FDP), Dolan (Grüne) und Ferrari (Grüne) und einer großen Delegation des Partnerschaftsvereins in der türkischen Stadt Sariyer das 10-jährige Bestehen der städtischen Partnerschaft gefeiert, den Vertrag erneuert und um das Thema Klima erweitert habe und auch den weiteren konkreten Formen der Zusammenarbeit positiv entgegen sehe. Weiterhin möchte sie nach der Ratssitzung am 13.12.2023 herzlich einladen, das Jahr mit einem weihnachtlichen Glühwein und einer Suppe ausklingen zu lassen. Eine schriftliche Einladung werde noch folgen.

Sie beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

## **zu 11 Umgang der Stadt Aachen mit Whistleblowern**

**hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2023**

**Vorlage: FB 14/0185/WP18**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen und daher zurückgezogen.